



Pressemitteilung

Hannover, 02. März 2011

Geo goes Business 2015

Leitlinien für die Zukunft im GeoBusiness

5 Deutschland – die „Berliner Erklärung“

Am 04. November 2010 hat die Kommission für Geoinformationswirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den GeoBusiness CONGRESS 2010 in Berlin veranstaltet. Partner der Veranstaltung war die Initiative D21 e.V.. „Geo goes Business 2015“ so das Motto der Veranstaltung, in der die GIW-Kommission ein deutliches Zeichen für die Verbesserung der Rahmenbedingungen im GeoBusiness setzte. Ziel der Veranstaltung war die Veröffentlichung einer „Berliner Erklärung“, in der Leitlinien für die Zukunft des GeoBusiness in Deutschland formuliert wurden.

Die Kommission widmet sich seit 2004 der Aufgabe, bereits vorhandene raumbezogenen Daten - sogenannte Geoinformationen – der öffentlichen Verwaltung für die Wirtschaft zugänglich zu machen. Der Mehrwert von Geoinformationen soll gesteigert, Arbeitsplätze gesichert und der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt werden. Um die Fachwelt auf ganzer Ebene zu beteiligen, ist der GeoBusiness CONGRESS entstanden. Er richtet sich an Entscheidungsträger in klein- und mittelständischen Unternehmen, in Industrie, Wirtschaft und Verwaltung, die das Ziel haben, ihre Aktionsräume durch GeoBusiness zu erweitern, Kundenbeziehungen zu optimieren und Geschäftserfolge auszubauen.

Ihre Ansprechpartner:

Dr. Jörg Reichling

Andrea Satli

Kommission für
Geoinformationswirtschaft
- Geschäftsstelle -

Stilleweg 2
30655 Hannover

Telefon: +49 (0) 511 643-2997

Mobil: +49 (0) 160 96 39 56 73

E-Mail: kontakt@GeoBusiness.org

Internet: www.GeoBusiness.org

„Geo goes Business 2015“

GeoBusiness CONGRESS 2010

- Berliner Erklärung

Die Kommission für Geoinformationswirtschaft

- kurz GIW-Kommission



In einer abschließenden Diskussionsrunde stellten die Moderatoren von drei Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse vor. Gemeinsam mit den Teilnehmern des GeoBusiness CONGRESS wurden die Inhalte des Tages diskutiert und als „Berliner Erklärung“ formuliert:

Berliner Erklärung

- 35
40
45
50
55
60
65
70
1. **Die Kommission für Geoinformationswirtschaft des Bundeswirtschaftsministeriums und die Initiativen des Bundes, der Länder und der Kommunen zur Geodateninfrastruktur Deutschland leisten grundlegende Beiträge, um die Nutzung der von der Verwaltung erzeugten Geodaten durch die Wirtschaft zu verbessern. Die unterschiedlichen Ansätze und Vorgehensweisen von Wirtschaft und Verwaltung ergänzen sich in diesem Prozess. Die Aktivitäten der Projekte und Arbeitsgruppen sollen intensiviert, die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden.**
2. **Die vielfältigen Akteure müssen sich künftig noch regelmäßiger und intensiver zu ihren Aktivitäten koordinieren, um noch schneller und effektiver ans Ziel zu kommen. Klare Aufgabenverteilung und intensive Kommunikation sind auf diesem Weg unverzichtbar. Das föderale System in Deutschland erfordert hierfür eine entsprechende politische Steuerung.**
3. **Die umfangreiche Grundversorgung mit staatlichen Geoinformationen ist eine wichtige Aufgabe zur Daseinsvorsorge, auch im internationalen Wettbewerb: Für die Sicherheit der Gesellschaft, schlanke Verwaltungsprozesse, wissenschaftliche Entwicklungen und effiziente Wertschöpfungsprozesse in der Wirtschaft. In der modernen Informationsgesellschaft nimmt diese Bedeutung stetig zu.**
4. **Die Informationen müssen problemfrei dort hingelangen, wo sie Nutzen bringen, insbesondere für Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Derzeit gibt es immer noch eine Vielzahl von Hindernissen, die einem freien Informationsfluss entgegenstehen: Technische, semantische, organisatorische, lizenzrechtliche und kosten-**



- 75 relevante. Neue Preis- und Vertriebsstrukturen in Österreich, technische und semantische Lösungen in Frankreich, Datenschutzlösungen und Informationsportale in Deutschland zeigen, dass beträchtliche Verbesserungen mit verträglichem Aufwand möglich sind.
- 80 5. Die Hindernisse müssen in überschaubarer Zeit überwunden werden. Die Sicherung der Informationsversorgung ist eine zentrale politische Aufgabe, die eine sektor- und ressort-übergreifende Koordination erfordert.
- 85 6. Der ordnungspolitische Rahmen für den Datenschutz ist gesetzt. Gleichwohl bedarf es größerer Transparenz und einheitlicher und verständlicher Regeln, um der Wirtschaft und den Bürgern Handlungssicherheit zu schaffen. Der Dynamik im Datenschutz muss in diesem Zusammenhang stets Rechnung getragen werden.
- 90
- 95 7. Die Chancen aus der PSI (Public Sector Information)-Richtlinie der EU müssen in Deutschland stärker genutzt, die Verpflichtungen aus der Richtlinie im Sinne der Wirtschaft intensiv berücksichtigt werden. Etwa die Hälfte aller PSI ist Geoinformation. Die Nutzung von Geoinformationen erfolgt in einem globalen Markt. Die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung staatlicher Geoinformationen an die Wirtschaft kurzfristig zu vereinfachen und damit ihre Nutzung zu befördern, kann ein zentraler Standortvorteil für das deutsche GeoBusiness werden.
- 100
- 105
- 110 8. Einheitlich standardisierte, einfache und auch für mittelständische Unternehmen tragfähige Preis- und Lizenzmodelle über alle föderalen Ebenen sind Voraussetzung für die Entwicklung erfolgreicher Geschäftsmodelle, die Geoinformationen der öffentlichen Hand nutzen. Diese Bedingungen zu schaffen setzt bei Bund, Ländern und Kommunen hohes Engagement und große Offenheit für Veränderungen in Politik und Verwaltung voraus.
- 115



Die Berliner Erklärung zeigt auf, welche Schritte notwendig sind, um das enorme Marktpotenzial von staatlichen Geoinformationen besser zu nutzen. Denn Fazit aller bisherigen Erfahrungen ist, dass es im GeoBusiness nur dann zu nennenswerter Wertschöpfung und Beschäftigung kommen kann, damit sowohl der Staat als auch die Wirtschaft davon profitieren können, wenn Lizenz- und Preismodelle, Datenschutzbedingungen und technische Standards der öffentlichen Hand bundesweit verwaltungsübergreifend einheitlich sind. Die Berliner Erklärung richtet sich an Politik, Wirtschaft und Verwaltung.

Die GIW-Kommission präsentiert sich vom 01. bis 05. März 2011 auf der CeBIT 2011 in Halle 9, Stand B47.

Am Mittwoch, 02. März 2011 in der Zeit von 11:40 Uhr bis 12:00 Uhr stellt die GIW-Kommission die „Berliner Erklärung“ im Veranstaltungsforum „CeBIT lab talk“ in Halle 9, A40 vor.

Im Rahmen einer Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie wurden mehrere Milliarden Euro Wertschöpfungspotenzial aus der wirtschaftlichen Nutzung staatlicher Geoinformationen abgeschätzt. Dieses im Moment noch nicht aktivierbare Wirtschaftspotenzial hat die Bundesregierung veranlasst, im Jahr 2004 eine Wirtschaftskommission zu diesem neuen Marktsegment, die Kommission für Geoinformationswirtschaft – GIW-Kommission – einzurichten.

Ziel dieser Wirtschaftskommission ist es, Maßnahmen zu entwickeln, die eine branchenspezifische und regional übergreifende Aktivierung dieses Marktpotenzials ermöglichen. Der Mehrwert von Geoinformationen soll gesteigert, Arbeitsplätze gesichert und geschaffen und der Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig gestärkt werden.

CeBIT 2011:

GIW-Kommission stellt aus!

Halle 9, Stand B47

CeBIT lab talk

Vorstellung „Berliner Erklärung“

Mittwoch, 02. März 2011

11:40 Uhr bis 12:00 Uhr

Halle 9, A40

Die GIW-Kommission stellt sich vor



150 Leitprojekte zeigen wie es geht. Studien bewerten gesetzliche Grundlagen und Marktpotenziale. TaskForces entwickeln Lösungsmodelle zur Änderung der Vielfalt an Bereitstellungsbedingungen für staatliche Geoinformationen wie z.B. Preismodelle und Lizenzen.

155 Bundesspitzenverbände sind Mitglieder der GIW-Kommission und helfen mit ihrem branchenspezifischen Know-how, die Anforderungen der Wirtschaft an staatlichen Geoinformationen zu formulieren und zu präzisieren. Die Kommission für Geoinformationswirtschaft ist Teil der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE).

160

Weitere Informationen unter:

www.GeoBusiness.org
www.GeoBusinessCongress.org
www.GeoBusinessAward.org
www.GeoMonitoring.org
www.GeoRohstoff.org
www.GeoBusinessLaw.org
www.GeoBusinessExplorer.org
www.GeoBusinessMaps.org